

## Niederschrift

Gremium	Sitzung - UA-JHP/018(V)/10			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
<b>Unterausschuss Jugendhilfeplanung</b>	Dienstag, <b>14.09.2010</b>	Jugendamt, Zimmer 403 W.-Höpfner-Ring 403	10:30Uhr	13:00Uhr

### Tagesordnung:

#### Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung,  
Genehmigung der Niederschrift vom 23.08.2010
- 2 Stand Jugendhilfeplanung Aufgabenkritik Jugendarbeit
- 3 Entwurf DS - Überplanmäßige Aufwendungen im DKUDUVG -  
Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)
- 4 Antrag des SJR Umgang mit Zinsberechnung im Zusammenhang mit  
der Förderung freier Träger
- 5 Antrag zur Subsidiarität
- 6 Kooperation Jugendhilfe - Schule unter besonderer Berücksichtigung  
der Umsetzung von Schulsozialarbeit im Kontext der Bekämpfung  
von Schulverweigerung"
- 7 Verschiedenes

Anwesend:

Anwesenheitsliste

#### Vorsitzender

Schwenke, Wigbert

#### Mitglieder des Gremiums

Nordmann, Sven

Müller, Oliver

Giefers, Thorsten

Tietze, Erika

Kanter, Liane

Klaus, Detlev Dr.

#### Geschäftsführung

Kiuntke, Iris

## Öffentliche Sitzung

### 1. Eröffnung der Sitzung, Bestätigung der Tagesordnung, Genehmigung der Niederschrift vom 23.08.2010

---

- Herr Schwenke eröffnet die Sitzung Unterausschuss Jugendhilfeplanung;
- die Sitzung ist ordnungsgemäß einberufen;

#### Absprachen zur TO

- Frau Tietze meldet Anfragen unter Verschiedenes an;
- TOP 3 wird von der Verwaltung zurückgezogen, im TOP 2 werden nur die Öffnungszeiten der Einrichtungen behandelt, TOP 2.1 und 2.2 werden zurückgezogen;
- die veränderte Tagesordnung wird **mit 6/0/0** angenommen;

#### Bestätigung der Niederschrift vom 23.08.2010

- die Niederschrift vom 23.08.2010 wird mit dem **Abstimmergebnis 6/0/0** angenommen;
- Herr Müller kommt zur UA-Sitzung (7 MG);

#### Terminabsprache

- der nächste UA JHP ist am 13.10.2010 um 12:00 Uhr;

### 2. Stand Jugendhilfeplanung Aufgabenkritik Jugendarbeit

---

- den Mitgliedern liegt folgendes Material vor:
  - o Regelöffnungszeiten der Einrichtungen
  - o Kostenaufwand getrennt nach kommunalen Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger, Personal- und Sachkosten
- Herr Dr. Gottschalk geht auf das Material ein und stellt vier Schwerpunkte bzw. Fragestellungen zur Behandlung des Themas vor:
  - ① Öffnungszeiten im Vergleich zur Inanspruchnahme
  - ② Öffnungszeiten am Wochenende (WE)
  - ③ Verhältnis OT-Bereich - thematisch spezifische Angebote
  - ④ Verhältnis Öffnungszeiten - Dienstzeiten
- Frau Kanter bemängelt erneut, dass immer noch Einrichtungen und Öffnungszeiten diverser Einrichtungen falsch sind;
- Frau Kanter macht außerdem darauf aufmerksam, dass Öffnungszeiten nicht statisch betrachtet werden dürfen und Träger auf Bedarfe kurzfristig reagieren;
- sie wünscht eine Rückkopplung mit den Einrichtungen;
- Frau Dr. Arnold erläutert, dass nur der der Verwaltung bekannte Stand eingebracht werden kann und der sich auf ein bestimmtes Datum bezieht;
- es erfolgen ausführliche Diskussionen zum Strukturmerkmal Öffnungszeiten, die letztendlich zu folgenden Feststellungen führten:
  - o Kernzeiten, sollten zwischen 15:00 Uhr und 20:00 Uhr für die Zielgruppen Kinder, Jugendliche und Familien liegen

- Einführung von WE-Öffnungszeiten soll an allen Standorten als Entwicklungsschwerpunkt möglichst geprüft werden (in Abhängigkeit vom Konzept/ Zielgruppe/Größe der Einrichtung/ Personal)
  - Übersicht – Öffnungszeiten der Kinder- und Jugendhäuser in den Versorgungsgebieten – soll mit der Anzahl der Mitarbeiter und der Fläche der jeweiligen Einrichtung ergänzt und mit dem zu überarbeitenden Material zur Verteilung des Ressourceneinsatzes (Personal, Finanzen, Flächen) in den Versorgungsgebieten möglichst am 13.10.2010 vorgelegt werden
- Herr Schwenke verlässt die UA-Sitzung;
  - Herr Nordmann übernimmt die Leitung der UA-Sitzung;
- die Übersicht – Öffnungszeiten der Kinder- und Jugendhäuser in den Versorgungsgebieten – soll auf Anregung des UA mit der Anzahl der Mitarbeiter und der Fläche der jeweiligen Einrichtung ergänzt werden;
- es folgen noch Anfragen und Bemerkungen zur Befragung der Kinder/Jugendlichen Magdeburgs zum 2. Planungsschritt § 11 in Kooperation mit der Uni MD, Fr. Prof. Girmes, „Entfalter“:
    - Kosten, Methoden, Altersangemessenheit, evtl. Ergebnisse und die Repräsentativität werden stark in Frage gestellt
    - Ziele, Mitwirkungsmöglichkeiten, Alternativen seien außer Acht gelassen worden
  - hinsichtlich der Anfragen und Bemerkungen zur Studie von Frau Prof. Girmes wird durch Herrn Dr. Gottschalk erläutert:
    - Kosten rund 13 TEUR für den Fragebogen sowie die Erhebung inkl. Auswertung
    - Bindung an Frau Prof. Girmes aufgrund der Entwicklung des Instruments möglich
    - Repräsentativität, Untersuchungsdesign etc. müssen im Rahmen der Vorstellung der Ergebnisse der Studie durch Frau Prof. Girmes erläutert werden

### 3. Entwurf DS - Überplanmäßige Aufwendungen im DKUDUVG - Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)

---

- Herr Nordmann fragt noch einmal, warum die DS - Überplanmäßige Aufwendungen im DKUDUVG - Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) – heute nicht behandelt wird;
- Herr Dr. Klaus informiert, dass die Drucksache heute beim OB ist und über die Folgen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes, Erhöhung des Kindergeldes auf die Ausgestaltung der Pflichtleistung.

### 4. Antrag des SJR Umgang mit Zinsberechnung im Zusammenhang mit der Förderung freier Träger

---

- die Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag liegt den Mitgliedern schriftlich vor;
- Herr Dr. Klaus bringt die Stellungnahme ein und verweist auf Festlegungen des Oberbürgermeister;

- er erläutert, dass in der Verwaltung ein Rückstau in der Verwendungsnachweisprüfung bestand, der auch ein Grund zur notwendigen Strukturveränderung war; die Prüfungen erfolgen nun zeitaktueller ( $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{3}{4}$  Jahr), einheitlicher und mit einer höheren Fachlichkeit in der Abteilung 51.1;
- die Langwierigkeit von Prüfprozessen auch in benannten Einzelfällen stellen keinen rechtlichen Verstoß dar, sind in Teilen auch der personellen Situation, Priorität aktueller Prüfaufträge/Anfragen, dem laufenden Geschäft geschuldet. Erschwerend wirkt auch der Wegfall des Widerspruchsverfahrens im eigenen Wirkungskreis. Träger sollten in Zweifelsfällen gerade unter Bezug auf die langjährigen Kontakte rechtzeitig Rücksprache mit den Verantwortlichen suchen.
- Frau Kanter schlägt vor, dass der Unterausschuss eine Empfehlung abgeben soll, dass die Prüfung der Nachweise in der Verwaltung innerhalb eines halben Jahres stattfinden soll;
- Herr Nordmann stellt folgende Empfehlung zur Abstimmung:
 

Die Verwaltung möge prüfen, inwieweit die Abarbeitung der laufenden Verwendungsnachweise in einem Zeitraum von einem halben Jahr erfolgen kann.

**Abstimmergebnis 4/0/2**
- Herr Dr. Klaus verweist auf die Überarbeitung der FRL, die Verwaltungsvereinfachung bringen soll;
- Herr Nordmann freut sich, dass das Thema Förderrichtlinie endlich einmal überarbeitet werden soll, denn auch er sieht hier dringenden Handlungsbedarf zur Verwaltungsvereinfachung auf Seiten der Träger und der Verwaltung;

## 5. Antrag zur Subsidiarität

---

- Frau Kanter bringt den Antrag des Stadtjugendringes ein;
- Herr Dr. Klaus verweist auf die vorliegende schriftliche Stellungnahme der Verwaltung und stellt die Frage, ob wirklich ein Prüfauftrag für das gesamte Dezernat V gemeint ist und inwieweit hierfür ein Antrag an den Juhi gestellt werden kann;
- ein umfangreicher Prüfauftrag durch die Verwaltung kann auch mit Blick auf TOP 4 nicht absolviert werden.
- Herr Müller erläutert den Grund seiner heutigen Ablehnung des vorliegenden Antrages aus politischer Auffassung;
- Herr Giefers fragt, welche Angebote hoheitlich sind, was überhaupt zur Disposition steht?
- außerdem macht er darauf aufmerksam, dass der Juhi diesen Antrag an den Stadtrat stellen müsste;
- es folgt es eine Diskussion zur veränderten Trägerlandschaft, zu bisher gescheiterten Übernahmen von KJFE's, über Probleme des Rechtsanspruches im Bereich Kita in vollständiger freier Trägerschaft sowie über Gewährleistungsverpflichtungen der Landeshauptstadt;

- Herr Nordmann weist darauf hin, dass es sich hier um eine Prüfung der Möglichkeiten handelt und die Stellungnahme der Verwaltung sehr eingeschränkt ist;
- Herr Nordmann stellt den Antrag des Stadtjugendringes zur Subsidiarität - Empfehlung an den Jugendhilfeausschuss zur Abstimmung:
  1. „Der Oberbürgermeister prüft für alle Dienstleistungen und Angebote, die im Bereich des Dezernates V erbracht werden und die nicht hoheitlich sind und deshalb aus gesetzlichen Gründen in der Trägerschaft der Landeshauptstadt verbleiben müssen, die Übertragung an gemeinnützige, freie Träger im Rahmen der Subsidiarität.
  2. Für alle Dienstleistungen und Angebote, die aus Sicht des Oberbürgermeisters weiterhin in der Trägerschaft der Landeshauptstadt angeboten werden sollen, ist eine detaillierte, fachliche und rechtliche Begründung bis November 2010 dem Jugendhilfeausschuss vorzulegen.
  3. Für alle anderen ist bis zum Beginn des kommenden Haushaltsjahres die Übertragung an freie Träger zu organisieren.“

#### **Abstimmergebnis 4/2/0**

#### 6. Kooperation Jugendhilfe - Schule unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung von Schulsozialarbeit im Kontext der Bekämpfung von Schulverweigerung"

---

- der UA stellt fest, dass aus Zeitgründen die Thematik - Kooperation Jugendhilfe – „Schule unter besonderer Berücksichtigung der Umsetzung von Schulsozialarbeit im Kontext der Bekämpfung von Schulverweigerung" – heute nicht mehr behandelt werden sollte;
- zur Thematik liegt den Mitgliedern ein ausführlicher Sachstand mit 4 Anlagen vor;
- Kooperation Jugendhilfe und Schule - steht auf der TO der gemeinsamen Sitzung Juhi und BSS am 21.09.2010;
- Frau Achatzi informiert, dass Frau Schulz von der Netzwerkstelle im gemeinsamen Ausschuss anhand einer Präsentation in die Thematik einführen wird;
- es wird vorgeschlagen, nach der gemeinsamen Sitzung die Thematik erneut, dem Bedarf entsprechend, fortwährend zu behandeln;
- das Arbeitspapier wird allen Ausschussmitgliedern (Juhi, BSS- und FuG-Ausschuss) zugeschickt;
- Herr Müller verweist auf die Teilnahme, eventuell durch gesonderte Einladung, des beratenden Mitgliedes aus dem Bereich Schule/des LVWA;
- Frau Kiuntke informiert, dass seit Ende des Schuljahres Juli 2010 kein beratendes Mitglied des staatlichen Schulamtes vertreten ist, jedoch die Schulbehörde angeschrieben ist und nun erneut angeschrieben wird;

7. Verschiedenes

---

- Frau Tietze stellt folgende 4 Anfragen:
  - ① zum Nachfolger/in für Frau Wienholt
  - ② ob Frau Pawletko Produktverantwortliche für Erziehungsberatungsstellen ist
  - ③ zum Stand der neuen Verträge der Beratungsstellen/zum Stand Richtlinie
  - ④ zur Einbeziehung der Beratungsstellen in einer AG
  
- Herr Dr. Klaus beantwortet die Anfragen;
  - ① Stelle wird ausgeschrieben, Frau Dr. Arnold bzw. Frau Wysocki übernehmen die kommissarische Leitungen.
  - ② Ja, Frau Pawletko ist Produktverantwortliche für die Erziehungsberatungsstellen.
  - ③ Neufinanzierung wird auch auf Anregung von Frau Dr. Dutschko der Neuregelung des Landes/Sozialministerium nachgestellt, frühestens zum Haushaltsjahr 2012.
  - ④ Bekannte Empfehlung, Anschluss an die AG 78-Hilfe zur Erziehung , in Fortführung der derzeitig arbeitenden thematischen AG
  
- Herr Dr. Klaus verweist ferner auf:
  - heutigen Auftakt in der KJHG Flechtinger Str. durch die Stiftung Bernburg
  - Vorbereitung einer DS zur Finanzierung Kita für das Übergangsjahr 2010
  - Information zur gemeinsamen Fachtagung am 01.09.10 auf dem Juhi 23.09.10
  
- Herr Dr. Gottschalk informiert über den Termin am 05.10.2010 von 09:00 bis 13:00 Uhr zum Thema aufsuchende Jugendarbeit/Streetwork.

*Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.*

*Wigbert Schwenke  
Vorsitzender*

*Sven Nordmann  
Stellv. Vorsitzender*

*Iris Kiuntke  
Schriftführerin*